

Kurzfassung Vermögenssteuervergleich Stand 4/2011

	Appell für eine Vermögensabgabe	Die Grünen	SPD	Initiative Vermögenssteuerjetzt	Die Linke
Steuerart	Vermögensabgabe und Vermögenssteuer	Vermögensabgabe	Vermögenssteuer	Vermögenssteuer	Vermögenssteuer
Höhe	500.000 Freibetrag pro Person, 3 Mio für Betriebsvermögen, 10% Vermögensabgabe in 2 Jahren, anschließend 1% Vermögenssteuer jährlich	1,5% ab 1 Mio Euro pro Pers., Kinder 250000 Freibetrag, 2-5 Mio Freibetrag pro Betrieb, max. 35% des Betriebsertrags.	1% ab 1 Million Euro pro Haushalt Betriebe ab 2,5 Millionen	1% ab 500000 Euro pro Familienhaushalt keine weiteren Angaben	5% ab 1 Million Euro keine weiteren Angaben
Laufzeit	Vermögensabgabe für 2 Jahre, V-steuer jährlich	Jährlich, befristet auf 10 Jahre	jährlich	jährlich	jährlich
Ertrag pro Jahr	100 Mrd. Vermögensabgabe, 10 Mrd. Vermögenssteuer	10 Mrd.	10 Mrd.	20 Mrd.	80 Mrd.
Kosten	etwa 5%	etwa 6,5-7,5 %	etwa 5%	etwa 5%	k.A.
Betroffen	ca. 2 Millionen	350000	k.A.	3 Millionen	k.A.
Steuerziel	Ökologischer Umbau der Wirtschaft, Förderung der Bereiche Arbeit, Bildung und Soziales	Schuldenabbau der durch die Finanzkrise verursachten Schulden	Für Bildung in den Ländern	Für die Länder	Mehreinnahmen für öffentliche Haushalte
Nebenziele	Verhinderung von Steuerhinterziehung, Verbesserung der Einnahmenseite des Staates, Umverteilung	Nicht mehr zur Zinstilgung benötigte Gelder für Bildung und ökologischen Umbau	Nebenziele Steuergerechtigkeit, Umverteilung	Nebenziele Steuergerechtigkeit, Umverteilung	Nebenziele Steuergerechtigkeit, Umverteilung
Weitere Vorhaben		Anhebung Spitzensteuersatz, Finanztransaktionssteuer, Abschaffung Ehegattensplitting	Anhebung Spitzensteuersatz und Abgeltungssteuer, Erhebung Börsenumsatzsteuer, Reform Ehegattensplitting		Anhebung Spitzensteuersatz + Abgeltungssteuer, Erhebung Finanztransaktionssteuer, Abschaffung Ehegattensplitting
Umsetzung	so bald wie möglich	Gesetzesantrag geplant für 1. Jahreshälfte 2012	Nach Wahlsieg(?) 2013, spätestens 2015	Nach Wahlsieg (?) der SPD 2014	k.A.
Quelle	www.appell-vermoegensabgabe.de	http://www.gruene-bundestag.de/cms/finanzen/dokbin/367/367284@de.pdf	http://www.spd.de/aktuelles/Pressemitteilungen/1102/100830_leitantrag_faires_deutschland.html	http://www.vermoegensteuerjetzt.de/	http://die-linke.de/fileadmin/download/misc/20110129_Beschluss_Steuerkonzept.pdf

Kurzfassung Vermögenssteuervergleich Stand 4/2011

	Appell für eine Vermögensabgabe	Attac Umverteilen statt kürzen	Lastenausgleich Henschel	Hurrawirtlgen.de	Lastenausgleich Prof. Neufang
Steuerart	Vermögensabgabe und Vermögenssteuer	Vermögensabgabe und Vermögenssteuer	Lastenausgleich Vermögensabgabe	Freiwillige Vermögensabgabe	Vermögensabgabe, Lastenausgleich
Höhe	500.000 Freibetrag pro Person, 3 Mio für Betriebsvermögen, 10% Vermögensabgabe in 2 Jahren, anschließend 1% Vermögenssteuer jährlich	500.000 Freibetrag, 1% Vermögenssteuer, plus 1-5% jährliche Vermögensabgabe als Solidaritätszuschlag, befristet auf 5 Jahre	16% Vermögensabgabe in 30 Jahren, Freibetrag 20.000, progressiver Steuersatz 5-25%	20% Vermögensabgabe für alle in 10 Jahren, keine Freibeträge	Unterschiedliche Freibeträge, ab 60.000 Vermögen
Laufzeit	Vermögensabgabe für 2 Jahre, jährliche Vermögenssteuer	Jährliche Vermögenssteuer, Vermögensabgabe für 5 Jahre	30 Jahre	10 Jahre	10 Jahre
Ertrag pro Jahr	50 Mrd. Vermögensabgabe, 10 Mrd. Vermögenssteuer	16 Mrd. Vermögenssteuer, 16 – 80 Mrd. Vermögensabgabe jährlich	53 Mrd. (in 30 Jahren 1,6 Billionen)	160 Mrd (in 10 Jahren 1,6 Billionen)	200-500Mrd (in 10 Jahren 2-5 Billionen)
Kosten	5,00%	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.
Betroffen	ca. 2 Millionen	k.A.	k.A.	alle	k.A.
Steuerziel	Ökologischer Umbau der Wirtschaft, Förderung der Bereiche Arbeit, Bildung und Soziales	Verbesserung der Einnahmeseite des Staates, Umverteilung	Vollständige Schuldentilgung	Vollständige Schuldentilgung	Vollständige Schuldentilgung
Nebenziele	Verhinderung von Steuerhinterziehung und- flucht, Verbesserung der Einnahmeseite des Staates, Umverteilung	Verbesserung der Bereiche Bildung, Soziales, Arbeit, Entwicklungshilfe, Kommunalfinanzen	Verbesserung Bildung, Soziales, Umverteilung	Steuergerechtigkeit Gemeinsinn fördern	Generationengerechtigkeit
Weitere Vorhaben		Erhöhung Spitzensteuersatz Einkommenssteuer, Körperschaftssteuer, Kapitalertragssteuer Erbschaftssteuer, Finanztransaktionssteuer	Einführung jährliche Vermögenssteuer	freiwillige Tilgungen bis jetzt: ca. 15.000 Euro	Alternativ: 8% mehr Einkommensteuer für alle für 10 Jahre bringt 1,5 Bill Euro
Umsetzung	So bald wie möglich	k.A.	k.A.	sofort	k.A.
Quelle	www.appell-vermoegensabgabe.de	http://www.attac.de/fileadmin/user_upload/Kampagnen/sparpaket/Umverteilungspaket/AttacD_Umverteilungspaket_Langversion_100927.pdf	http://www.oeko-net.de/kommune/kommune-06-09/ahenschel.htm	www.hurrawirtlgen.de gleiche Forderungen seit 2004: www.staatsschulden-senken.de	Bernd Neufang: Lastenausgleich. Eine Maßnahme zur Wiederherstellung der Generationengerechtigkeit.

Kurzfassung Vermögenssteuervergleich Stand 4/2011

Vermögenssteuervergleich

Der Vergleich soll einen Überblick bieten über alle Initiativen, Parteien und Organisationen, die eine höhere Besteuerung von Vermögenden fordern. Dazu gehören neben dem Appell für eine Vermögensabgabe die Oppositionsparteien im Bundestag Grüne, Linke, SPD sowie die gewerkschaftsnahe Initiative Vermögenssteuerjetzt, das globalisierungskritische Netzwerk attac, die private Initiative hurrawirtilgen.de und zwei Vorschläge für die Neuauflage eines Lastenausgleichs.

Die Gründe für eine höhere Besteuerung von Vermögenden sind, neben der von allen geforderten Verbesserung der Einnahmenseite des Staates, vielfältig. Während hurrawirtilgen und die beiden Lastenausgleichsvorschläge sich eine vollständige Schuldentilgung vorhaben, wollen die Grünen die Neuverschuldung durch die Bankenkrise abbauen, die Linke will mehr Steuergerechtigkeit erreichen, der Appell und attac bestimmte Bereiche wie Bildung, Soziales, Arbeit und Entwicklungshilfe fördern. Die SPD will das Geld den Ländern für den Bereich Bildung zukommen lassen, Vermögenssteuerjetzt.de den Ländern ohne Zweckbestimmung.

Höhe der Besteuerung

Die Höhe der geforderten Vermögenssteuer oder -abgabe schwankt, genauso wie die Höhe der Freibeträge der Steuerpflichtigen. Während die Lastenausgleichsvorschläge sehr niedrige Freibeträge von 20.000 bis 60.000 bevorzugen, wollen Grüne, Linke und SPD erst ab 1 Mio. Vermögen besteuern, als Grund der hohen Freibeträge läßt sich der Blick auf die eigenen Wähler vermuten. Attac, Vermögenssteuerjetzt und der Appell plädieren für einen Freibetrag von 500.000 Euro.

Der Prozentsatz der Steuer oder Abgabe schwankt zwischen 0,5 und 5% jährlich, wobei unterschiedliche Laufzeiten vorgesehen sind. Eine jährliche, unbefristete Vermögenssteuer fordern SPD, Vermögenssteuerjetzt und Linke, eine auf 10 Jahre begrenzte Laufzeit wollen die Grünen, hurrawirtilgen.de und Lastenausgleich Neufang, 30 Jahre Laufzeit der Lastenausgleich Henschel. Eine Kombination aus Vermögenssteuer und -abgabe fordern der Appell und attac. Der errechnete Ertrag fällt sehr unterschiedlich aus, ein Grund sind die Bemessungsgrundlagen aus unterschiedlichen Zeiten: SPD und Vermögenssteuerjetzt rechnen mit Schätzungen auf Grund von Daten aus dem Jahr 2002, Lastenausgleich Neufang aus 2004, Lastenausgleich Henschel, Appell und attac mit Schätzungen aus 2009.

Die wohl tragfähigsten Zahlen zu Ertrag und Steuerpflichtigen bieten die Grünen, die das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung Berlin mit einer Studie beauftragten, die 2011 veröffentlicht wurde. Außer hurrawirtilgen.de, die von einer freiwilligen Vermögensabgabe ausgehen, wollen alle anderen eine gesetzliche Verankerung.

Schuldentilgung

Die Lastenausgleichsvorschläge und hurrawirtilgen.de gehen von einer vollständigen Schuldentilgung innerhalb von 10 oder 30 Jahren aus. Die Grünen dagegen rechnen mit einem Ertrag von 100 Milliarden in 10 Jahren. Das entspräche einer Tilgung von 5% aller Staatsschulden von fast 2 Billionen Euro. Aus der Sicht einer Entschuldung des Staates ist die Summe wohl als unzureichend anzusehen. Jährlich würden nur 0,5% der Staatsschulden getilgt. Die Zinszahlungen des Bundes betragen 2009 15% des Staatshaushaltes, mehr als 40 Milliarden Euro, getilgt wird nicht. Die freiwerdenden Gelder, die nicht mehr zur Zinstilgung benötigt würden, wollen die Grünen für Bildung und ökologischen Umbau einsetzen. Geht man von jetzigen Zahlen aus, würden (ohne Beachtung von Neuverschuldung) jährlich ca. 300 Millionen Euro frei, ein im Staatshaushalt eher geringer Betrag. Nach 10 Jahren (ohne Neuverschuldung) würden etwa 3 Milliarden jährlich weniger zur Zinstilgung benötigt.

Kurzfassung Vermögenssteuervergleich Stand 4/2011

Handlungsfähigkeit des Staates

Die Einnahmenseite des Staates langfristig verbessern würde, abgesehen von zur Zeit wohl eher utopischen, vollständigen Tilgungsplänen der beiden Lastenausgleichsvorschläge und hurrawirtilgen, nur eine unbefristete Besteuerung Vermögender. Politisch realistisch scheint nach einer Abwahl der bisherigen schwarzgelben Regierung allenfalls eine Vermögenssteuer von ca. 1%, die je nach Ausgestaltung einen Ertrag von etwa 10-16 Mrd. im Jahr erwarten ließe. Um dem Staat Handlungsfähigkeit zur Bewältigung von aktuellen Problemen (z.B. Banken- und Wirtschaftskrise, Ausstieg aus der Atomenergie, Ausbau der Hochspannungstrassen und erneuerbarer Energien) zu geben, wäre daher eine Vermögensabgabe, wie der Appell oder Attac sie fordern, notwendig. Der Appell fordert eine Vermögensabgabe für 2 Jahre, die etwa 100 Mrd. einbringen würde, attac rechnet mit einer Vermögensabgabe, die je nach prozentualer Höhe in 5 Jahren 80-400 Milliarden einspielen würde.

Fazit

Im Vergleich liegen die Forderungen des Appells für eine Vermögensabgabe finanziell im oberen Mittelfeld, wären politisch realisierbar und haben eine sinnvolle Zweckbestimmung. Auch eine Öffnung gegenüber der Forderung nach weiteren Steuererhöhungen, wie der Anhebung des Spitzensteuersatzes, Erbschafts- und Abgeltungssteuer, wie etwa das attac-Konzept sie fordert, scheint bedenkenswert.